Stadt Oberhausen	**10.03.2014 15:00 Uhr**	**Rat der Stadt**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**

36. Sitzung des Rates der Stadt

Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen

Anwesende

Herr Oberbürgermeister Klaus Wehling

Herr Wolfgang Große Brömer MdL
Frau Bürgermeisterin Elia Albrecht-Mainz
Herr Arndt Barkowsky
Herr Jörg Bischoff
Frau Sonja Bongers
Frau Beatriks Brands
Herr Hubert Cordes
Herr Karl-Heinz Emmerich
Herr Manfred Flore
Herr Jürgen Grefermann
Frau Anne Janßen
Herr Dieter Janßen
Frau Angelika Jäntsch
Herr Peter Koppers
Herr Klaus Kösling
Frau Kirsten Oberste-Kleinbeck
Herr René Pascheberg
Frau Dorothee Radtke
Herr Ulrich Real
Herr Alfred Röder
Herr Stefan Scheffler
Herr Ercan Telli
Herr Dirk Vöpel
Frau Helga Weingärtner
Frau Ursula Wingens
Herr Horst Wolter
Herr Stefan Zimkeit

Herr Daniel Schranz
Herr Frank Bandel
Herr Christian Benter
Herr Dr. Udo Kelsch
Herr Hans-Jürgen Köhler
Herr Hans-Jürgen Nagels
Herr Werner Nakot
Herr Denis Osmann

Frau Marlies Plitt-Vogt
Herr Dirk Rubin
Herr Hermann-Josef Schepers
Frau Georgis Schmidt
Frau Simone-Tatjana Stehr
Herr Hans Josef Tscharke
Frau Ulrike Willing-Spielmann
Herr Hermann Wischermann
Frau Marita Wolter

Frau Regina Wittmann
Frau Bürgermeisterin Stefanie Opitz
Herr Ertekin Aksünger
Frau Sandra Gödderz
Herr Peter Plew

Herr Yusuf Karacelik
Herr Jens Carstensen

Herr Hans-Otto Runkler
Herr Gerd Arlt
Frau Regina Boos
Herr Immanuel Schuler

Herr Dirk Paasch

Abwesende

Herr Bürgermeister Klaus-Dieter Broß
Frau Uly Stroh
Frau Christa Müthing
Frau Michaela Flötgen
Frau Ingrid Diepenbrock
Frau Petra Marx

Stadt Oberhausen	**10.03.2014 15:00 Uhr**	**Rat der Stadt**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**

36. Sitzung des Rates der Stadt

Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen

Verwaltung

Herr Dezernent Jürgen Schmidt		Dezernat 0
Herr Beigeordneter und StK Apostolos Tsalastras		Dezernat 1
Herr Beigeordneter Frank Motschull		Dezernat 2
Frau Beigeordnete Elke Münich		Dezernat 3
Frau Beigeordnete Sabine Lauxen		Dezernat 4
Frau Britta Costecki		Gleichstellungsbeauftragte
Herr Martin Berger		Bereich 9-7
Herr Dr. Magnus Dellwig	als Schriftführer	Bereich 0-1
Herr Dennis Lotz		Bereich 0-1

Gäste

Herr Yusuf Giraz	Integrationsrat

Außerdem

Herr Heiko Blumenthal	Geschäftsführer SPD-Fraktion
Herr Hannes Fritsche	Geschäftsführer CDU-Fraktion
Herr Armin Röpell	Geschäftsführer Fraktion DIE GRÜNEN
Herr Michael Hake	Für Herrn David Driever Geschäftsführer Linke.Liste-Fraktion

Stadt Oberhausen	**10.03.2014 15:00 Uhr**	**Rat der Stadt**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**
36. Sitzung des Rates der Stadt Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Formelle Feststellungen und Hinweise

OB Wehling eröffnet die 36. Sitzung des Rates und begrüßt alle Anwesenden sehr herzlich, darunter den Vorsitzenden des Integrationsrates, Herrn Giraz, die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne sowie die Vertreter/-innen der Medien.

Entschuldigt für die heutige Sitzung sind die Damen Stadtv. Diepenbrock, Marx, Müthing, Stroh und Herr Bürgermeister Broß. Anwesend zu Beginn der Sitzung sind demnach 57 Mitglieder des Rates. Der Rat ist beschlussfähig.

Die Einladung mit den Unterlagen ist allen Stadtverordneten am 28.02.2014 form- und fristgerecht zugeleitet worden. Am 05.03.2014 wurden die fehlenden Drucksachen nachgereicht.

OB Wehling teilt sodann mit, dass die Stadtverordneten am 07.03.2014 folgenden Antrag erhielten, der überdies als Tischvorlage ausgehändigt wurde:
SPD-Fraktion und Fraktion DIE GRÜNEN: Ergänzungsantrag zu B/15/3289-01 „Neufassung der Wahlordnung für die Wahl des Integrationsrates der Stadt Oberhausen“
Drucksache Nr. A/15/3362-01

OB Wehling schlägt vor, diesen unter TOP I/ 6.1 zu behandeln. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte sind somit in ihrer Reihenfolge unverändert. Der Rat stimmt der Erweiterung der Tagesordnung zu.

OB Wehling teilt mit, Ort, Zeit und die ursprüngliche Tagesordnung der heutigen Sitzung seien im „Amtsblatt für die Stadt Oberhausen“ vom 05.03.2014 sowie im Ratsinformationsdienst unter ALLRIS Bürgerinfo öffentlich bekannt gemacht worden.
Er fragt an, ob Anregungen oder Einwendungen zur geänderten Tagesordnung bestehen. Das ist nicht der Fall.

Stadt Oberhausen	**10.03.2014 15:00 Uhr**	**Rat der Stadt**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**
36. Sitzung des Rates der Stadt **Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen**		

Tagesordnung:

I. ÖFFENTLICHER TEIL

1 Aktuelle Stunde

2 ecce european centre for creative economy GmbH (ecce)
hier: Bestellung eines Vertreters im Kuratorium
Vorlage: B/15/3312-01

3 Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel bei der Produktgruppe PN0604 - Jugendarbeit zur Finanzierung der durch das Bildungs- und Teilhabepaket geförderten Schulsozialarbeit im Jahr 2014 in einer Gesamthöhe von 1.981.058,35 EUR.
Vorlage: B/15/3303-01

4 Fachklasse des dualen Systems
hier: Fachkraft für Metalltechnik mit vier Fachrichtungen (Konstruktionstechnik, Montagetechnik, Umform- und Drahttechnik, Zerspanungstechnik)) und gemeinsame Beschulung mit den Industriemechanikern/innen ab dem Schuljahr 2014/2015 am Hans-Sachs-Berufskolleg (gem. Anlage A der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Berufskollegs)
Vorlage: B/15/3324-01

5 Haushaltssanierungsplan - Maßnahmen Nr. 96A + 97
Nr. 96A: Kostenreduzierung unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Bevölkerungsprognose
(demografische Entwicklung)
Nr. 97: Prüfung von Pflegeverträgen zwischen Diensten und Pflegebedürftigen auf Notwendigkeit
Vorlage: B/15/3200-01
Berichterstatterin: Frau Stadtv. Janßen

6 Neufassung der Wahlordnung für die Wahl des Integrationsrates der Stadt Oberhausen
Vorlage: B/15/3289-01

6.1 SPD-Fraktion und Fraktion DIE GRÜNEN: Ergänzungsantrag zu B/15/3289-01 „Neufassung der Wahlordnung für die Wahl des Integrationsrates der Stadt Oberhausen“
Vorlage: A/15/3362-01

7 1. Umsetzung des Kanalbauprogramms 2014 durch die WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
2. Bereitstellung eines überplanmäßigen Auszahlungsbudgets für das Kanalbauprogramm 2014
3. Beauftragung der WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
4. Ergänzungen und Notmaßnahmen zu beschlossenen Bauprogrammen aus Vorjahren
Vorlage: B/15/3280-01
Berichterstatter: Herr Stadtv. Bandel

8 Zustimmung zur Leistung von außerplanmäßigen Auszahlungen - Öffentliche Verkehrsflächen
Vorlage: B/15/3281-01
Berichterstatterin: Frau Stadtv. Janßen

9 Bauleitplanung
Berichterstatter: Herr Stadtv. Bandel

9.1 Regionaler Flächennutzungsplan (RFNP) der Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr der Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen

Einleitungs- und Erarbeitungsbeschluss für ein Änderungsverfahren in Oberhausen
Vorlage: B/15/3254-01

9.2 Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 19
- Baustraße / Freiligrathstraße -
Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: B/15/3263-01

10 Berichte der Verwaltung

10.1 Jahresbericht 2013 der Gleichstellungsstelle
Vorlage: M/15/3282-01
Berichterstatterin: Frau Stadtv. Janßen

10.2 Gesamtabschluss 2012 der Stadt Oberhausen

Kenntnisnahme des Gesamtabschlusses 2012 der Stadt Oberhausen durch den Rat der Stadt Oberhausen sowie Überweisung an den zuständigen Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung und Erstellung des Schlussberichtes gemäß §§ 59 Abs. 3, 116 Abs. 6 GO NRW in Verbindung mit § 101 GO NRW.
Vorlage: M/15/3305-01
Berichterstatterin: Frau Stadtv. Janßen

11 Anträge

11.1 Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN zur Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung in Oberhausen
Vorlage: A/15/3344-01

11.2 Antrag Linke.Liste
Resolution "Bundeswehr raus aus den Schulen"
Vorlage: A/15/3337-01

11.3 Antrag Linke.Liste
Zweckentfremdungssatzung für Oberhausen
Vorlage: A/15/3339-01

Stadt Oberhausen	**10.03.2014 15:00 Uhr**	**Rat der Stadt**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**
36. Sitzung des Rates der Stadt Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

I. ÖFFENTLICHER TEIL

1. Aktuelle Stunde

Es liegen keine Anträge vor.

2. ecce european centre for creative economy GmbH (ecce) hier: Bestellung eines Vertreters im Kuratorium Vorlage: B/15/3312-01

Der Rat der Stadt -mit Beteiligung des OB- fasst einstimmig bei Enthaltung der Linke.Liste-Fraktion folgenden Beschluss:

"Der Rat der Stadt beschließt

a) Herrn Burkhard Koch mit sofortiger Wirkung als Mitglied des Kuratoriums der ecce GmbH abzuberufen.

b) Herrn Volker Buchloh zum Mitglied des Kuratoriums der ecce GmbH zu bestellen."

3. Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel bei der Produktgruppe PN0604 - Jugendarbeit zur Finanzierung der durch das Bildungs- und Teilhabepaket geförderten Schulsozialarbeit im Jahr 2014 in einer Gesamthöhe von 1.981.058,35 EUR. Vorlage: B/15/3303-01

Frau Stadtv. Willing-Spielmann verweist auf die Anfrage der CDU-Fraktion vom Dezember 2013 nach der Verwendung der Restmittel für Schulsozialarbeit aus dem Haushalt 2011 anlässlich des seinerzeitigen Auslaufens von Arbeitsverträgen der beschäftigten Mitarbeiter/innen. Mit der späten Freigabe der Mittel durch das Land NRW sei den betroffenen Personen Planungssicherheit verwehrt worden. Sie erinnert an eine schriftliche Auskunft des Beig. Motschull, falls die zurückgestellten Mittel nach Maßgabe des Landes ausschließlich für Zwecke der Schulsozialarbeit verwandt werden sollten, werde dies so geschehen. Die CDU-Fraktion erwartet binnen zwei Monaten die Vorlage eines fundierten Konzeptes in den zuständigen Fachausschüssen für Schule und Jugend sowie im Rat der Stadt.

Stadtv. Zimkeit wertet die heutige Vorlage als Umsetzung der angeführten Aussage von Beig. Motschull. Ursächlich für die lange Umsetzungszeit sei der Umgang der Bundesregierung mit der Revisionsklausel im Bundesgesetz. Der Bund hätte auf die Rückforderung verzichten müssen, um kommunales Handeln zu ermöglichen. Die Verantwortung dafür trage die Bundes-CDU. Er erhebt die Forderung an den Bund, erneut die Förderung der Schulsozialarbeit aufzunehmen. Für die Zukunft sind für die SPD-Fraktion drei Aspekte bedeutsam:

/ Mit der vorzulegenden Konzeption sei die Arbeit inhaltlich weiter zu entwickeln, insbesondere die Vernetzung mit der Jugendarbeit zu intensivieren.

/ Das Konzept sei mittelfristig anzulegen, bestenfalls bis zur nächsten Bundestagswahl im Jahr 2017.
/ die Umsetzung des Konzeptes solle im Interesse der Jugendlichen schnell, bereits zum Schuljahr 2014/15, beginnen.

Er spricht sich dafür aus, die Thematik in der kommenden Sitzung des Schulausschusses zu behandeln.

Stadtv. Carstensen bezeichnet die Verwendung der Mittel aus 2011 als Zweckentfremdung. Deshalb könne bei Verwaltungsvorlagen zukünftig nicht mehr darauf vertraut werden, dass überplanmäßige Mittel tatsächlich zur Verfügung stünden.

Frau Stadtv. Gödderz beurteilt die Fortsetzung der Finanzierung von Schulsozialarbeit als drängendes Thema angesichts der bis Ende 2013 vorgenommenen Befristung der Bundesfinanzierung. Aufgrund der Befürchtung, dass sich der Bund der Finanzierungsverantwortung entziehe, sei eine kurzfristige Lösung von Nöten. Gemäß einem aktuellen Erlass des Schulministeriums NW dürften Mittel wieder veranlagt werden. Die Arbeit in der Schulsozialarbeit wird allgemein in Politik und Gesellschaft Wert geschätzt. Die Fähigkeiten der Jugendlichen bedürften der Förderung durch Schulsozialarbeit, die einen wertvollen Beitrag zur Chancengerechtigkeit leiste und deshalb sicherzustellen sei.

Stadtv. Runkler erinnert an die breite Mehrheit im Rat der Stadt für die Fortführung der Schulsozialarbeit in 2013. Entgegen der Darstellung von Stadtv. Carstensen läge keine Zweckentfremdung von Mitteln vor, sondern eine haushaltswirtschaftlich formal richtig vorgenommene Bildung einer Rückstellung. Die diesbezügliche Mythenbildung der Linke.Liste-Fraktion sei fehl am Platze.

Der Rat der Stadt -mit Beteiligung des OB- fasst einstimmig folgenden Beschluss:

"Der Rat der Stadt beschließt zur Fortführung der durch das Bildungs- und Teilhabepaket geförderten Schulsozialarbeit im Jahr 2014 die überplanmäßige Bereitstellung von diesbezüglichen Haushaltsmitteln in Höhe von

a) 204.000 EUR bei der Produktgruppe PN0604 - Jugendarbeit, Finanzposition 7300.00;

b) 1.777.058,35 EUR Produkt 060402/Jugendarbeit, Auftrag 320006040200, Jugendarbeit, Kostenart 531800 - Aufw. f. Zuschüsse an übrige Bereiche.

Deckungsvorschlag:
Verschlechterung des Ergebnisses aus laufender Verwaltungstätigkeit 2014. Erträge aus der Bundesbeteiligung wurden in korrespondierender Höhe 2011, 2012 und 2013 realisiert."

4. Fachklasse des dualen Systems
hier: Fachkraft für Metalltechnik mit vier Fachrichtungen (Konstruktionstechnik, Montagetechnik, Umform- und Drahttechnik, Zerspanungstechnik)) und gemeinsame Beschulung mit den Industriemechanikern/innen ab dem Schuljahr 2014/2015 am Hans-Sachs-Berufskolleg (gem. Anlage A der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Berufskollegs)
Vorlage: B/15/3324-01

OB **Wehling** verweist einleitend auf die formale Notwendigkeit einer erneuten Beschlussfassung. Das Nähere sei im ersten Absatz der Begründung ausgeführt.

Der Rat der Stadt -mit Beteiligung des OB- fasst einstimmig folgenden Beschluss:

"a) Der Rat der Stadt Oberhausen hebt den Beschluss vom 03.02.2014 zur Drucksachen-Nr. B/15/3217-01 auf.

b) Der Rat der Stadt beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) ab dem Schuljahr 2014/2015 die Neuerrichtung des 2013 neu eingeführten Bildungsgangs Fachkraft für Metalltechnik (mit vier Fachrichtungen Konstruktionstechnik, Montagetechnik, Umform- und Drahttechnik, Zerspanungstechnik) und gemeinsame Beschulung mit den Industriemechanikern/innen ab dem Schuljahr 2014/2015 am Hans-Sachs-Berufskolleg (gem. Anlage A der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Berufskollegs) als Fachklasse des dualen Systems."

5. Haushaltssanierungsplan - Maßnahmen Nr. 96A + 97
Nr. 96A: Kostenreduzierung unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Bevölkerungsprognose (demografische Entwicklung)
Nr. 97: Prüfung von Pflegeverträgen zwischen Diensten und Pflegebedürftigen auf Notwendigkeit
Vorlage: B/15/3200-01

Der Rat der Stadt -mit Beteiligung des OB- fasst einstimmig bei Enthaltung der CDU-Fraktion folgenden Beschluss:

"Die Maßnahmen Nr. 96A und 97 werden aufgehoben und im Haushaltssanierungsplan 2015 ff. nicht mehr geführt.

<u>Maßnahme Nr. 97:</u>
Im Haushalt erhöhen sich ab 2015 mit der Aufhebung der Maßnahme Nr. 97 im Produkt 050401/Hilfe zur Pflege beim gleichnamigen Auftrag 320005040100 unabhängig von den sonstigen Entwicklungen die Sachkonten

533170/Pflegestufe 0 ambulant	**um 144.000 €**
533171/Pflegestufe 1 ambulant	**um 92.000 €**

5331727Pflegestufe 2 ambulant um 36.000 €
533173/Pflegestufe 3 ambulant um 30.000 €
533174/Pflegestufe 3 Härte ambulant um 78.000 €.

Maßnahme Nr. 96A:
Bei der Aufstellung des Haushalts ab 2015 fallen mit der Aufhebung der Maßnahme 96A die geplanten Ansatzkürzungen im Produkt 050401/Hilfe zur Pflege beim gleichnamigen Auftrag 320005040100 bei den Sachkonten

531700/Investitionskostenfördeung ambulanter Pflegedienste um 5.700 €
531705/ Pflegewohngeld um 85.000 €
533170/Pflegestufe 0 ambulant um 5.500 €
533171/Pflegestufe 1 ambulant um 4.500 €
5331727Pflegestufe 2 ambulant um 1.200 €
533173/Pflegestufe 3 ambulant um 1.000 €
533211/Pflegestufe 0 stationär um 3.400 €
533212/Pflegestufe 1 stationär um 17.800 €
5332137Pflegestufe 2 stationär um 34.500 €
533214/Pflegestufe 3 stationär um 32.200 €
533217/Pflegestufe 3 Härte stationär um 1.000 €

weg."

6. Neufassung der Wahlordnung für die Wahl des Integrationsrates der Stadt Oberhausen
Vorlage: B/15/3289-01

OB **Wehling** ruft die TOP 6. Und 6.1 zur gemeinsamen Beratung auf.

6.1. SPD-Fraktion und Fraktion DIE GRÜNEN: Ergänzungsantrag zu B/15/3289-01 „Neufassung der Wahlordnung für die Wahl des Integrationsrates der Stadt Oberhausen“
Vorlage: A/15/3362-01

Stadtv. Karacelik fragt an, warum die Musterwahlordnung des Landesintegrationsrates durch den Ergänzungsantrag nicht vollständig aufgenommen worden sei.

Beig. Motschull und **Stadtv. Große Brömer** stellen dar, die gesetzlichen Anforderungen der GO NW würden eingehalten. Stadtv. Große Brömer ergänzt, es entstehe durch die formaljuristische Formulierung allerdings der Eindruck einer Auslassung von Inhalten des Mustertextes. Daher erfolge die Hinzufügung der besagten Inhalte durch den Ergänzungsantrag.

Frau Stadtv. Wittmann betont, die Formulierung der Informationsnorm diene der verbesserten Nutzbarkeit durch die Bürgerschaft. Diesbezüglich bestehe eine Informationspflicht der Kommune, der hiermit Genüge getan werde.

Der Rat der Stadt -mit Beteiligung des OB- fasst einstimmig bei Enthaltung der CDU-Fraktion folgenden Beschluss:

"Der Rat der Stadt beschließt den Beschlussvorschlag der Vorlage B/15/3289-01 folgendermaßen zu ergänzen:
„Im Interesse größtmöglicher Transparenz werden der neugefassten Wahlordnung die Bestimmungen des § 27 Abs. 3-5 Gemeindeordnung (GO) beigefügt, aus denen die Wahlberechtigung und Wählbarkeit für die Wahl hervorgeht. Dieser Auszug wird den Veröffentlichungen im Internet und im Ratsinformationssystem Allris zur Information sowie einer evtl. Vervielfältigung in Papierform beigefügt."

Der Rat der Stadt -mit Beteiligung des OB- fasst einstimmig bei Enthaltung der CDU-Fraktion folgenden ergänzten Beschluss zur Drucksache Nr. B/15/3289-01:

"Der Rat Stadt Oberhausen beschließt die Neufassung der Wahlordnung für die Wahl des Integrationsrates der Stadt Oberhausen in der als Anlage 2 beigefügten Fassung. Im Interesse größtmöglicher Transparenz werden der neugefassten Wahlordnung die Bestimmungen des § 27 Abs. 3-5 Gemeindeordnung (GO) beigefügt, aus denen die Wahlberechtigung und Wählbarkeit für die Wahl hervorgeht. Dieser Auszug wird den Veröffentlichungen im Internet und im Ratsinformationssystem Allris zur Information sowie einer evtl. Vervielfältigung in Papierform beigefügt."

7. 1. Umsetzung des Kanalbauprogramms 2014 durch die WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
2. Bereitstellung eines überplanmäßigen Auszahlungsbudgets für das Kanalbauprogramm 2014
3. Beauftragung der WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
4. Ergänzungen und Notmaßnahmen zu beschlossenen Bauprogrammen aus Vorjahren
Vorlage: B/15/3280-01

Stadtv. Schranz bittet um eine Berichterstattung der Verwaltung zu Punkt 4 im Planungsausschuss und in den Bezirksvertretungen zu Umfang und Kosten sowie zur Bürgerinformation über die jeweiligen Maßnahmen.

OB Wehling sagt dies zu.

Der Rat der Stadt -mit Beteiligung des OB- fasst einstimmig folgenden Beschluss:

"Der Rat der Stadt beschließt:

1. **das Kanalbauprogramm 2014 mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 10.000.000,00 EUR,**

2. **die Bereitstellung eines überplanmäßigen Auszahlungsbudgets zur Erfüllung gesetzlicher Vorgaben sowie zur Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes in Höhe von 2.500.000,00 EUR,**

3. die Beauftragung der WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH,

4. die Ergänzungen von Bauprogrammen aus Vorjahren im Rahmen von Notbaumaßnahmen und zusätzlich erforderlich gewordenen Straßenbaumaßnahmen.

1.1 Planungsleistungen für investive 400.000,00 EUR
Kanalbaumaßnahmen
Investitionsnummer 560011030100000
Kanalbauprogramm
Finanzposition 785230
AiB Tiefbaumaßnahmen WBO

1.2 Kanalbauprogramm investive Baumaßnahmen 4.590.000,00 EUR (incl. 356.000,00 EUR)
Investitionsnummer 560011030100000
Kanalbauprogramm
Finanzposition 785230
AiB Tiefbaumaßnahmen WBO

1.3 Kanalbauprogramm investive Baumaßnahmen 4.700.000,00 EUR
der Verpflichtungsermächtigung 2014
Kassenwirksamkeit 2015
Investitionsnummer 560011030100000
Kanalbauprogramm
Finanzposition 785230
AiB Tiefbaumaßnahmen WBO

1.4 Kanalbauprogramm konsumtiv 310.000,00 EUR
Auftrag 110011030100
Abwasserbeseitung
Kostenart 521190 260.000,00 EUR und
Kostenart 521191 50.000,00 EUR
Unterhaltung Kanalvermögen WBO

Budget Kanalbauprogramm 2014 10.000.000,00 EUR

2.1 Überplanmäßiges Auszahlungsbudgets 2.500.000,00 EUR
Kanalbauprogramm investive Baumaßnahmen
Investitionsnummer 560011030100000
Kanalbauprogramm
Finanzposition 785230
AiB Tiefbaumaßnahmen WBO

2.2 Deckung des überplanmäßigen Auszahlungsbudgets
in Höhe von 2.500.000,00 EUR
Investitionsnummer 560012010308000
Neubau der L215n
Finanzposition 785200

AiB Tiefbaumaßnahmen

Gesamtbudget Kanalbauprogramm 2014 12.500.000,00 EUR"

8. Zustimmung zur Leistung von außerplanmäßigen Auszahlungen - Öffentliche Verkehrsflächen
Vorlage: B/15/3281-01

Der Rat der Stadt -mit Beteiligung des OB- fasst mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion folgenden Beschluss:

"Der Rat der Stadt stimmt der Leistung von außerplanmäßigen Auszahlungen in Höhe von 185.000,00 EUR im Produktbereich 12, Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV, Produktgruppe 1201 - Öffentliche Verkehrsflächen - zu.

Deckungsvorschlag
Einsparung bei der Finanzstelle 560012010104100 - Tackenbergstraße, Finanzposition 785200 in Höhe von185.000,00 EUR"

9. Bauleitplanung

OB Wehling macht darauf aufmerksam, dass die zu den Bauleitplanvorhaben gehörenden Pläne und Gutachten, soweit sie nicht Bestandteil der jeweiligen Vorlage sind, im Ratssaal im Original ausgehängt bzw. ausgelegt worden sind.

9.1. Regionaler Flächennutzungsplan (RFNP) der Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr der Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen

Einleitungs- und Erarbeitungsbeschluss für ein Änderungsverfahren in Oberhausen
Vorlage: B/15/3254-01

Der Rat der Stadt -mit Beteiligung des OB- fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der Linke.Liste-Fraktion folgenden Beschluss:

"Der Rat der Stadt Oberhausen beschließt gemäß § 19 Abs. 1 in Verbindung mit §39 Landesplanungsgesetz und § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch die Erarbeitung folgender Änderung zum Regionalen Flächennutzungsplan (RFNP) und die Einleitung des entsprechenden Planverfahrens

- **20 OB (Vestische Straße)."**

9.2. Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 19 - Baustraße / Freiligrathstraße - Beschluss zur öffentlichen Auslegung Vorlage: B/15/3263-01

Der Rat der Stadt -mit Beteiligung des OB- fasst einstimmig folgenden Beschluss:

"Der Rat der Stadt beschließt die öffentliche Auslegung des aufzuhebenden vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 19 - Baustraße / Freiligrathstraße - nebst der Aufhebungsbegründung."

10. Berichte der Verwaltung

10.1. Jahresbericht 2013 der Gleichstellungsstelle Vorlage: M/15/3282-01

Die Damen Stadtverordneten **Oberste-Kleinbeck, Wittmann, Boos** und **Schmidt** danken der Gleichstellungstelle für den ausführlichen und Impulse für die weitere Arbeit vermittelnden Bericht, der die gute Vernetzung der Arbeit in die Stadtgesellschaft im Rahmen zahlreicher Projekte eindrucksvoll dokumentiere.

Im Einzelnen weisen sie darüber hinaus auf folgende Aspekte gesondert hin:

Für Frau Stadtv. Oberste-Kleinbeck belegt der Bericht, dass die Gleichstellungsbeauftragte in ihrer Arbeit aufgehe. Es sei eine gute Struktur für vielfältige Projektarbeit mit zahlreichen externen Partnern aufgebaut worden. Dass der Bericht auch Defizite offen beschreibe, wird als transparent und lösungsorientiert gelobt.

Frau Stadtv. Wittmann dankt für die Breite und Kontinuität von Arbeit und Berichterstattung darüber. Die Querschnittsaufgabe Gleichstellung verdiene eine eingehende Würdigung und Reflexion im Rat. Sie regt zu ergänzender unterjähriger Berichterstattung an, die auch Gleichstellungsaspekte der Tätigkeit von Fachverwaltungen darstellen könnte, wie der Bericht der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Dresden belege.
Für Frau Wittmann gibt der Bericht wichtige Anstöße zur Diskussion und Beantwortung der Frage, wie es um die Gleichstellung in Oberhausen bestellt sei. Die Identifizierung neuer Ziele und bislang unerfüllter Aufgaben sei erwünscht. Unzufriedenheit herrscht bei Frau Wittmann nicht bezüglich der Arbeit der Gleichstellungsstelle vor, sondern hinsichtlich der noch unzulänglichen Mitwirkung aller relevanten gesellschaftlichen und kommunalen Akteure. Abschließend sieht Frau Wittmann Handlungsbedarf zur Verbreiterung der Möglichkeiten zur Thematisierung von Gleichstellung in kommunalen Gremien. Die Bildung eines Gleichstellungsausschusses sei zu prüfen.

Frau Stadtv. Boos hebt hervor, die Vielfalt der Ansätze der Gleichstellungsarbeit trügen die Arbeit in die breite städtische Öffentlichkeit. Alle Stadtverordneten seien aufgefordert, aktiv an Gleichstellung mitzuwirken und diesbezüglich Vorbilder für die Gesellschaft zu sein.

Für Frau Stadtv. Schmidt ist der Bericht sehr ausführlich und aussagekräftig. Drei Anmerkungen wolle sie als Anregungen für die zukünftige Arbeit geben:

/ 20 Beratungen erschienen ihr wenig; wie viele Anfragen dazu gab es?
/ Bei den Seminarangeboten vermisse sie die Durchmischung von Verwaltungshierarchien.
/ Die Gleichstellungsstelle sei aufgefordert, die Reform des Prostitutionsgesetzes zu unterstützen.

OB Wehling stellt fest: Der Rat der Stadt nimmt die Drucksache nach großer und lobender Beteiligung an der Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

10.2. Gesamtabschluss 2012 der Stadt Oberhausen

Kenntnisnahme des Gesamtabschlusses 2012 der Stadt Oberhausen durch den Rat der Stadt Oberhausen sowie Überweisung an den zuständigen Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung und Erstellung des Schlussberichtes gemäß §§ 59 Abs. 3, 116 Abs. 6 GO NRW in Verbindung mit § 101 GO NRW.
Vorlage: M/15/3305-01

Rat der Stadt nimmt die Drucksache einstimmig zur Kenntnis.

11. Anträge

11.1. Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN zur Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung in Oberhausen
Vorlage: A/15/3344-01

Stadtv. Große Brömer weist darauf hin, dass die Antragsteller den Antrag den übrigen Fraktionen mit dem Hinweis zugeleitet hatten, Änderungen oder Ergänzungen gerne zu prüfen. In der Öffentlichkeit bestünden oftmals Irritationen über den Zweck der drei städtischen Beteiligungsgesellschaften WFO, ENO und TMO. Aktuell herrsche Konsens im Rat, die Struktur weiter zu entwickeln und nach Möglichkeit die Aufgabenwahrnehmung in einer Gesellschaft zu bündeln. Sinnvoll sei ebenfalls die Einbeziehung der von der GPA beauftragten Prüfungsgesellschaft Roedl + Partner. Der dazu bis Ende 2014 gewählte Zeitraum erscheine lang, dies sei aber voraussichtlich durch die Komplexität der Aufgabe geboten. Er erinnert an die Entstehungsgeschichte der drei Gesellschaften seit 1990 und würdigt Public-Private-Partnership in der Wirtschaftsförderung, wie in der ENO verankert, als erfolgreiches und fortsetzungsnotwendiges .Modell.

Frau Stadtv. Wittmann nennt als eine Zielsetzung des Antrages die ergänzende Qualifizierung des Auftrags an Roedl + Partner um die Untersuchung der inhaltlichen Ausrichtung auf die Zukunftsaufgaben der Wirtschaftsförderung, die zunehmend weniger in der Bereitstellung von Wirtschaftsflächen bestünden. Aspekte der inhaltlichen Zukunftsausrichtung seien ferner:
/ die verbesserte Betreuung der Bestandsunternehmen,
/ die Nutzung externer Partner bei der Bereitstellung von Dienstleistungen,

/ die Verknüpfung von Wirtschafts- und Stadtentwicklung,
/ die Sicherung der Bedingungen des Industriestandortes,
/ die Versöhnung von Anforderungen des Verkehrs und des Klimaschutzes,
/ die wachsende Bedeutung der Fachkräftesicherung.
Die Struktur der Aufgabenerfüllung und der Ressourcenbedarf sollten bei externer Begleitung erarbeitet werden.

Stadtv. Schranz bezeichnet die Unternehmensbesuche des Oberbürgermeisters als unzureichend für die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes. Es bestünden Probleme bei ausreichenden Flächenangeboten an Oberhausener Unternehmen, wie der Fortzug der Produktion von Lennord + Bauer nach Gladbeck gezeigt habe. Derzeit sei durch die drei bestehenden Beteiligungen für den Kunden die Zuständigkeit intransparent. Für die Zukunft seien wirtschaftliche Probleme der Gesellschaften absehbar; das ergäbe weiteren Handlungsbedarf. Er erinnert daran, dass der Rat bereits am 15.07.2013 ein Konzept in Auftrag gab, das bis Ende 2013 vorgelegt werden sollte, und fragt an, ob der Erarbeitungsprozess von der Verwaltungsführung angehalten worden sei.
Für Stadtv. Schranz greift der Antrag zu kurz, da es der personellen Verankerung der Aufgabe Wirtschaftsförderung im Verwaltungsvorstand bedürfe. Bei personellen Wechseln in 2013 sei die Gelegenheit dazu versäumt worden. Das Defizit der rot-grünen Koalition in Oberhausen bezüglich der Wirtschaftsförderung bestehe darin, zu reden und nicht zu handeln. Er kündigt Enthaltung der CDU-Fraktion an.

OB Wehling erinnert an die kontinuierliche und intensive Beschäftigung mit der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung in den Aufsichtsräten der Beteiligungen seit 2012. Dies belege, dass von keiner Seite Ergebnisse zurückgehalten würden. Die Verzögerung sei der nachgehenden Beauftragung von Roedl + Partner geschuldet, deren Arbeitsergebnisse einbezogen werden sollten. Im Mai 2014 sei ein Zwischenbericht zu erwarten. Er lädt Stadtv. Schranz zur Teilnahme an Unternehmensbesuchen des OB ein.

Frau Stadtv. Boos benennt, die FDP verlange seit längerem mehr Effizienz in der Wirtschaftsförderung und die konsequente Weiterentwicklung des 2011 gebildeten Hauses der Wirtschaftsförderung an der Essener Straße durch vermehrte operative Synergien. Sie begrüßt PPP in der Wirtschaftsförderung und die beantragte externe Begleitung. Die FDP stimme dem Antrag zu.

Stadtv. Paasch erinnert an die Bildung zahlreicher kleiner Beteiligungen im Zuge des Rathauses ohne Ämter in den 1990er Jahren. Angesichts der Beteiligungsverhältnisse von 100 % Stadt bei WFO und TMO sowie 87 % des Konzerns Stadt in der ENO bittet er um Aufnahme der Rekommunalisierung der Wirtschaftsförderung in die Verwaltung in den Prüfungsgegenstand der externen Begleitung. Ein Ausschuss für Wirtschaftsförderung biete mehr Transparenz und Kontrolle als Aufsichtsräte.

Stadtv. Karacelik bittet den Antragsteller um die Aufnahme des Prüfungsgegenstandes der Rekommunalisierung. Das lehnt **Stadtv. Große Brömer** ab.

Rat der Stadt -mit Beteiligung des OB- fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion folgenden Beschluss:

"Der Rat der Stadt fordert die zuständige Fachverwaltung auf, bis zum Ende des Jahres ein Konzept zur inhaltlichen und organisatorischen Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung in Oberhausen vorzulegen, das auf die veränderten Rahmenbedingungen reagiert und Synergien durch die Verschmelzung der Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen (ENO), der Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH (WFO) und der Tourismus- und Marketinggesellschaft Oberhausen (TMO) generiert. Für diese Erarbeitung sollte gegebenenfalls externe Beratung in Anspruch genommen werden, um den aktuellen Entwicklungen in der Wirtschaft - auch im Kontext der Regionsentwicklung Rechnung zu tragen."

11.2. Antrag Linke.Liste
Resolution "Bundeswehr raus aus den Schulen"
Vorlage: A/15/3337-01

Stadtv Karacelik begründet den Antrag mit einem Mangel an Kontroversität bei der Präsenz von Jugendoffizieren der Bundeswehr (BW) in Schulen. Es sollten keine Einladungen an Angehörige der BW mehr ausgesprochen werden.

Stadtv. Plew beurteilt die Tätigkeit der BW an Schulen gesellschaftspolitisch zwar als zweifelhaft, lehnt jedoch den Antrag als populistisch ab.

Stadtv. Schranz bejaht die BW als integralen Bestandteil der Gesellschaft. Jugendoffiziere dürften in NRW weder für den Wehrdienst werben noch ohne gleichzeitige Teilnahme von Vertretern der Kirchen oder Friedensinitiativen ihren Standpunkt zur Funktion der BW darstellen.

Stadtv. Schuler lehnt den Antrag ab, da er auf undemokratische Weise das pluralistische Recht jeder Schule auf die Entscheidung über die jeweils zu führende Diskussion über die Aufgabe der BW beschneide.

Stadtv. Große Brömer hebt die in NRW gültigen klaren Regeln zur Tätigkeit von Jugendoffizieren der BW an Schulen hervor: Die politische Bildung in der Schule ziele auf die Mündigkeit der Jugendlichen. Diese erfordere die reflexive Auseinandersetzung mit der bestehenden multipolaren Weltordnung.
Er stellt klar, dass aufgrund der Kooperationsvereinbarung zwischen BW und Land NRW stets Vertreter von Kirchen oder Friedensinitiativen einzuladen sind. Als Parlamentsheer sei die BW erstmals in der deutschen Geschichte Teil der Gesellschaft.

Rat der Stadt -mit Beteiligung des OB- lehnt mit großer Mehrheit mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU, der Grünen und der FDP gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch den eingebrachten Antrag ab.

11.3. Antrag Linke.Liste
Zweckentfremdungssatzung für Oberhausen
Vorlage: A/15/3339-01

Stadtv. Carstensen bezeichnet als Zielsetzung des Antrags die Belebung des Quartiers Marktstraße, insbesondere durch die Schaffung behindertengerechter Wohnungen. Auf Eigentümer solle Druck ausgeübt werden, um neue Nutzungen statt Leerstände zu begünstigen.

Frau Stadtv. Wittmann beantragt die Überweisung an den Planungsausschuss als zuständigen Fachausschuss.

Rat der Stadt -mit Beteiligung des OB- fasst einstimmig den Beschluss der Überweisung der Drucksache Nr. A/15/3339-01 an den Planungsausschuss als zuständigen Fachausschuss.

Ende des öffentlichen Teils: 16:25 Uhr

Wehling
Oberbürgermeister

Dr. Dellwig
stellv. Schriftführer